

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Paracelsus-Verlag
Friedrich Koenig
Druck u. Verlag: August Bruck
u. Verlagsbuchhandlung in Bautzen
Aus. Zeitschriften - Almanach
Tagesblatt - Ausgabe des Erzgebirges.
Schriftsprach - Anschlag Nr. 22.

Abonnement: Durch unsere Seiten frei ins Haus monatlich 4.00 Mfl. Bei der Geschäftsstelle abgezahlt monatlich 3.90 Mfl.
Bei der Post abgestellt und selbst abgeholt vierstündig 20.00 Mfl., monatlich 4.80 Mfl. Durch den Briefträger frei ins Haus vierstündig 12.00 Mfl., monatlich 4.32 Mfl. Erhältlich täglich in den Buchhandlungen mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen,
unserer Zeitungsdustrieger und Ausgabenstellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Nr. 134

Montag, den 14. Juni 1920.

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Der Abg. Heinze war vom Reichspräsidenten mit der Kabinettbildung beauftragt worden; da daraufhin die Mehrheitssozialdemokratie offiziell die Beteiligung an einer durch die Deutsche Volkspartei erweiterten Koalition ablehnte, gab Heinze den Auftrag zurück.

Der Reichspräsident hat die Aufhebung des Ausnahmestandes im Ruhrgebiet verfügt und die Aufhebung des Ausnahmestandes in Schlesien angeordnet.

Der Rat der wirtschaftlichen Verabredung nahm gestern und vorgestern in Leipzig Stellung in Sachen des Konfliktes mit den Krankenkassen. Der Schiedsspruch über das Honorar wurde angenommen.

In Wladyspol wurde ein Mostauer Funkspruch aufgesangen, wonach in Russland die Revolution ausgebrochen sei. Trotsky soll ermordet worden sein, und Lenin befindet sich auf der Flucht. Eine neue Regierung soll sich unter Brusilow gebildet haben.

Neue Schwierigkeiten in der Regierungsbildung.

Dr. Heinze mit der Kabinettbildung beauftragt.

Ablehnung durch die Sozialdemokratie. Wie vorauszusehen war, ist es gekommen: Nachdem Reichskanzler Hermann Müller mit dem Versuche, die Unabhängigen zur Regierungsbildung heranzuziehen, keinen Erfolg gehabt hatte, gab er am Sonntag aber den Auftrag zur Kabinettbildung dem Reichspräsidenten zurück. Darauf hat nun der Reichspräsident den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, den Abgeordneten Dr. Heinze, der gerade in Dresden weilte, zu sich, und alsbald begab sich Dr. Heinze auch nach Berlin und zum Reichskanzler, allerdings ohne daß die Regierungsbildung damit auch nur einen Schritt vorwärts gekommen wäre. Der Reichskanzler empfing Dr. Heinze Sonntag vormittag 11 Uhr und übertrug ihm im Laufe der Unterredung die Bildung des neuen Kabinetts. Dr. Heinze nahm diesen Auftrag auch an, am Sonntagabend aber teilten der Reichskanzler und der Abgeordnete über dem Abgeordneten Heinze offiziell mit, daß die Mehrheitssozialdemokratie nicht in der Lage sei, sich an einer durch den Austritt der Deutschen Volkspartei erweiterten Koalition zu beteiligen. Der Abgeordnete Heinze hat daraufhin den Auftrag zur Bildung eines Ministeriums in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt. Damit ist die ganze Frage der Kandidatur Heinze im Laufe eines Tages auf, und abgesehen, das heißt, bekannt und erlebt worden und von neuem stehen wir uns nun vor die Frage gestellt: Was nun? Und die zweite Frage schlägt sich an: Sind mit diesem neuesten Hohlschlag auch die Möglichkeiten erschöpft, die sich an den Namen Trimborn hoffen? Da auch für sich bisher alle Hoffnungen auf den Eintritt der Heinze-Partei in die Koalition gegründet haben, sind die Aussichten gering. Wenn nicht — und da steht denn wohl die letzte Möglichkeit auf — die bairischen Katholiken ihre Abneigung gegen die Politik der Mutterpartei zurückstellen und die wiederhergestellte alte Koalition sich dann mit ihrer nur geringen Mehrheit begründet. Der Augenblick ist geladen mit Spannung. Es wird des höchsten Verantwortungsbewußtseins bei allen Beteiligten und überall der größten Besonnenheit bedürfen, wenn Reich und Volk ohne Schaden durch diese kritische Zeit hindurchgeführt werden sollen.

Wie die Frauen wählten.

In Spandau haben, wie schon bei den Wahlen im Jahre 1919, in 31 Wahlbezirken (von insgesamt 35) Männer und Frauen getrennt abgestimmt. In diesen 31 Wahlbezirken sind insgesamt 23.294 Männer- und 23.839 Frauenstimmen gültig abgegeben worden. Nach den Feststellungen des Statistischen Amtes der Stadt Spandau entfallen von je 100 gültigen Stimmen auf die

	Männer	Frauen
U. S. P. D.	35,4	32,6
S. P. D.	21,3	19,3
Deutschnationale Volkspartei	12,8	16,7
Deutsche Volkspartei	12,5	14,5
Deutsche Demokratische Partei	8,3	7,5
Kommunisten	5,3	4,2
Zentrumspartei	3,2	5,0
Andere	0,26	0,24

Es entfallen sonach von je 100 gültigen Stimmen bei den Männern 63,0, bei den Frauen 56,1 auf die sozialistischen Parteien (einschl. der Kommunisten). Es hat sich also herausgestellt, daß die Frauen im allgemeinen mehr den bürgerlichen Parteien zugewandt sind. Die Sozialdemokraten und Unabhängigen haben jedenfalls durch die Frauenwahl nicht gewonnen. Diese Erfahrung wird bestätigt durch die Wahlergebnisse in Köln. Auch hier haben diesmal die Frauen geringer von den Männern abgestimmt. Der Erfolg ist aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich.

	Männerstimmen	Frauenstimmen
Zentrum	32964	49154
Mehrheitssozialisten	36295	24134
Deutsche Volkspartei	17708	15914
Unabhängige	18245	8973
Demokraten	6554	4677
Christliche Volkspartei	4247	4000
Deutschnationale	3190	3422
	119263	110364

Wie man sieht, sind in Köln die Frauenstimmen hauptsächlich dem Zentrum zugewandt gekommen, was sich aus der sozialistischen Kirchen- und Schulpolitik unterscheiden dürfte.

In Hannover sind in zehn Wahlbezirken für Männer und Frauen getrennte Listen geübt worden. Dabei wurde folgendes Ergebnis festgestellt:

	Männer	Frauen
Sozialdemokraten	8465	9001
Welfen	2005	2464
Zentrum	780	1224
Demokraten	636	684
Deutsche Volkspartei	2103	2097
Deutschnationale Partei	782	2637
Kommunisten	178	90
Unabhängige	8137	2683
	18241	19876

Sowohl in Köln wie in Hannover sind also die Frauen von den sozialistischen Parteien abgewichen. In Hannover ist besonders bemerkenswert das starke Überwiegen der Frauenstimmen bei den bürgerlichen Parteien.

Die Forderungen der deutschen Industrie.

Das geschäftsleitende Präsidialmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie Willi Geß, Repräsentant Dr. Simons kommt im Leitartikel des heutigen Heftes der Deutschen Industrie zur Aussicht folgender Forderungen an die neue Regierung: Im Innern hat sie vor allem das Chaos der deutschen Finanzen zu ordnen, nach außen die wirtschaftspolitischen Verhandlungen mit der Entente und besonders mit Frankreich zu einem für das Wirtschaftsleben Deutschlands erträglichen Ende zu führen. Diese Aufgaben erwachsen ihr in der Zeit einer wirtschaftlichen Weltkrise deren Umfang sich noch nicht absehen läßt. Es bedarf ganzer Männer, um diese Lasten zu tragen. Wie auch immer das äußerst schwierige Problem der Regierungsbildung von dem Reichspräsidenten gelöst werden wird, der heute zum ersten Male als solcher in die Weltgeschichte einzutreten hat: Voraussetzung für jeden Erfolg nach außen und innen ist und bleibt, daß man in Deutschland allerlei die Bedingungen unseres wirtschaftlichen Daseins klar erkennt, mit Einschlossen die Folgerungen daraus zieht und die durch den Wahlkampf geführten Gegenstände hinter der gemeinsamen Pflicht unermüdlicher Zusammenarbeit zusammestellt. Dann ist zu hoffen, daß nicht nur der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft zwischen den einzelnen Geltoren des deutschen Produktionsprozesses, sondern auch der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft zwischen den von der Weltkrise gleicherweise bedrohten Bülkern den Hass der vergangenen Kämpfe um die Erfahrungen der gegenwärtigen Stunde überwindet.

Das Institut für Textilforschung.

Um Sonnabend stand im sächsischen Ministerium des Innern die Gründungssitzung des Kuratoriums zur wirtschaftlichen Förderung der Textilindustrie statt. Das Institut bezweckt, wie wir bereits meldeten, die Zusammenfassung aller Zulässt, um dadurch die Forschung zu vereinheitlichen und rationeller zu gestalten. Sitz des Instituts ist bekanntlich Dresden, und die Zahl der Mitglieder des Kuratoriums beträgt 44. Zum ersten Vorsitzenden wurde Wirklicher Geheimer Rat Dr. Lüdtke gewählt, als stellvertretender Vorsitzender Kommerzienrat Glawitsch in Adorf und als zweiter der sozialdemokratische Abgeordnete der Volksammer Winteler. Schatzmeister ist Generaldirektor Oberstlehrer Grünberg in Schlesien. Es wurde dann eine Entschließung angenommen, die der Reichsregierung überreicht werden soll, worin auch die Frage der Kolonialisierung von Hans und Glachs behandelt wird.

Preissturz und Männerstreik.

Eine Kundgebung der Betriebsräte des Einzelhandels Groß-Dresdens nimmt zur Frage des Preissturzes und der Kaufunlust Stellung und meint daß ein weiteres Nachlassen der Preise gar nicht möglich sei. Diese Ansicht wird damit begründet, daß die Kohlen- und Eisenpreise, die Lebensmittelpreise sowie die Transportpreise und alle sonstigen Unstoffe nicht

wesentlich niedriger werden. Außerdem leben wir noch immer an einem Warenmangel. Der Bedarf, besonders im Textilwaren, ist noch lange nicht gedeckt. Man hält nur einen almidiblichen Abbau der Preise für gesund und erreichbar, denn ein plötzlicher Preissturz würde uns schwerwiegende wirtschaftliche Schädigungen bringen, namentlich Produktionsstörungen, Einschränkungen und Stilllegungen von Betrieben und ungünstige Arbeits- und Angestelltenentlassungen. Dadurch würde natürlich ein erneutes Ansteigen der Preise bewirkt und ein dauernder Abbau der Preise verhindert werden. Eine Verkürzung der Gehälter und Löhne, die von einzelnen Arbeitgebern verlangt wird, könnte nach Meinung der Betriebsräte des Einzelhandels die Kaufkraft des Mehrheit des Publikums nur noch weiter schwächen. Nur ein Sinken der Lebensmittelpreise würde einen Abbau der Löhne und Gehälter rechtfertigen. Die Betriebsräte des Einzelhandels wenden sich an das laufende Publikum mit der Bitte, nicht länger mit Deckung des vorhandenen Bedarfs zu warten, weil der erwartete Preissturz auf keinen Fall eintreten kann.

Ein Burgfriedenskabinett in Österreich?

In politischen Kreisen Wiens wird angenommen, daß an Stelle des zurückgetretenen Kabinetts Renner eine Art Burgfriedenskabinett, bestehend im wesentlichen aus Vertretern der bisherigen Koalition, eingesetzt wird, das unter Ausschaltung aller Streitfragen, wie Versetzung und Vermögensabgabe, das Budgetpriorum und den legislativischen Recht zu erledigen haben würde, worauf die Nationalversammlung aufgelöst und für den Herbst Neuwahlen aufgeschrieben werden sollen. Neben die Ursachen der Kabinettstrafe ist weiter zu sagen, daß die Stellung Renners in der eigenen Partei bereits sehr unsicher geworden war. Man war ihm zuviel Entgegenkommen den bürgerlichen Parteien gegenüber vor, und es bestand in der Sozialdemokratischen Partei eine starke Strömung, an Stelle Renners Dr. Bauer die Kanzlerschaft zu übertragen. Die Christlichsozialen erhoben gegen Bauer keine Einwände, falls gewisse Sicherungen bezüglich der Verfassung, der Wehrmacht und der Vermögensabgabe gegeben würden. Dagegen ergaben Befürchtungen, daß die Entente in eine Kanzlerschaft Bauers nicht einwillige. (Dr. Bauer ist ein entschiedener Vertreter des Anschlußgedankens.) Am Sonnabend hat eine gemeinsame Sitzung der Chefs der Einzelparteien einen Entschluß gefasst, der eine Befreiung der Christlichsozialen von der Kanzlerschaft Bauers vorsieht. Am Sonnabend hat eine gemeinsame Sitzung der Chefs der Einzelparteien einen Entschluß gefasst, der eine Befreiung der Christlichsozialen von der Kanzlerschaft Bauers vorsieht. Die Entente in eine Kanzlerschaft Bauers nicht einwillige. (Dr. Bauer ist ein entschiedener Vertreter des Anschlußgedankens.) Am Sonnabend hat eine gemeinsame Sitzung der Chefs der Einzelparteien einen Entschluß gefasst, der eine Befreiung der Christlichsozialen von der Kanzlerschaft Bauers vorsieht. Die Entente in eine Kanzlerschaft Bauers nicht einwillige. (Dr. Bauer ist ein entschiedener Vertreter des Anschlußgedankens.) Am Sonnabend hat eine gemeinsame Sitzung der Chefs der Einzelparteien einen Entschluß gefasst, der eine Befreiung der Christlichsozialen von der Kanzlerschaft Bauers vorsieht. Die Entente in eine Kanzlerschaft Bauers nicht einwillige. (Dr. Bauer ist ein entschiedener Vertreter des Anschlußgedankens.) Am Sonnabend hat eine gemeinsame Sitzung der Chefs der Einzelparteien einen Entschluß gefasst, der eine Befreiung der Christlichsozialen von der Kanzlerschaft Bauers vorsieht. Die Entente in eine Kanzlerschaft Bauers nicht einwillige. (Dr. Bauer ist ein entschiedener Vertreter des Anschlußgedankens.) Am Sonnabend hat eine gemeinsame Sitzung der Chefs der Einzelparteien einen Entschluß gefasst, der eine Befreiung der Christlichsozialen von der Kanzlerschaft Bauers vorsieht. Die Entente in eine Kanzlerschaft Bauers nicht einwillige. (Dr. Bauer ist ein entschiedener Vertreter des Anschlußgedankens.) Am Sonnabend hat eine gemeinsame Sitzung der Chefs der Einzelparteien einen Entschluß gefasst, der eine Befreiung der Christlichsozialen von der Kanzlerschaft Bauers vorsieht. Die Entente in eine Kanzlerschaft Bauers nicht einwillige. (Dr. Bauer ist ein entschiedener Vertreter des Anschlußgedankens.) Am Sonnabend hat eine gemeinsame Sitzung der Chefs der Einzelparteien einen Entschluß gefasst, der eine Befreiung der Christlichsozialen von der Kanzlerschaft Bauers vorsieht. Die Entente in eine Kanzlerschaft Bauers nicht einwillige. (Dr. Bauer ist ein entschiedener Vertreter des Anschlußgedankens.) Am Sonnabend hat eine gemeinsame Sitzung der Chefs der Einzelparteien einen Entschluß gefasst, der eine Befreiung der Christlichsozialen von der Kanzlerschaft Bauers vorsieht. Die Entente in eine Kanzlerschaft Bauers nicht einwillige. (Dr. Bauer ist ein entschiedener Vertreter des Anschlußgedankens.) Am Sonnabend hat eine gemeinsame Sitzung der Chefs der Einzelparteien einen Entschluß gefasst, der eine Befreiung der Christlichsozialen von der Kanzlerschaft Bauers vorsieht. Die Entente in eine Kanzlerschaft Bauers nicht einwillige. (Dr. Bauer ist ein entschiedener Vertreter des Anschlußgedankens.) Am Sonnabend hat eine gemeinsame Sitzung der Chefs der Einzelparteien einen Entschluß gefasst, der eine Befreiung der Christlichsozialen von der Kanzlerschaft Bauers vorsieht. Die Entente in eine Kanzlerschaft Bauers nicht einwillige. (Dr. Bauer ist ein entschiedener Vertreter des Anschlußgedankens.) Am Sonnabend hat eine gemeinsame Sitzung der Chefs der Einzelparteien einen Entschluß gefasst, der eine Befreiung der Christlichsozialen von der Kanzlerschaft Bauers vorsieht. Die Entente in eine Kanzlerschaft Bauers nicht einwillige. (Dr. Bauer ist ein entschiedener Vertreter des Anschlußgedankens.) Am Sonnabend hat eine gemeinsame Sitzung der Chefs der Einzelparteien einen Entschluß gefasst, der eine Befreiung der Christlichsozialen von der Kanzlerschaft Bauers vorsieht. Die Entente in eine Kanzlerschaft Bauers nicht einwillige. (Dr. Bauer ist ein entschiedener Vertreter des Anschlußgedankens.) Am Sonnabend hat eine gemeinsame Sitzung der Chefs der Einzelparteien einen Entschluß gefasst, der eine Befreiung der Christlichsozialen von der Kanzlerschaft Bauers vorsieht. Die Entente in eine Kanzlerschaft Bauers nicht einwillige. (Dr. Bauer ist ein entschiedener Vertreter des Anschlußgedankens.) Am Sonnabend hat eine gemeinsame Sitzung der Chefs der Einzelparteien einen Entschluß gefasst, der eine Befreiung der Christlichsozialen von der Kanzlerschaft Bauers vorsieht. Die Entente in eine Kanzlerschaft Bauers nicht einwillige. (Dr. Bauer ist ein entschiedener Vertreter des Anschlußgedankens.) Am Sonnabend hat eine gemeinsame Sitzung der Chefs der Einzelparteien einen Entschluß gefasst, der eine Befreiung der Christlichsozialen von der Kanzlerschaft Bauers vorsieht. Die Entente in eine Kanzlerschaft Bauers nicht einwillige. (Dr. Bauer ist ein entschiedener Vertreter des Anschlußgedankens.) Am Sonnabend hat eine gemeinsame Sitzung der Chefs der Einzelparteien einen Entschluß gefasst, der eine Befreiung der Christlichsozialen von der Kanzlerschaft Bauers vorsieht. Die Entente in eine Kanzlerschaft Bauers nicht einwillige. (Dr. Bauer ist ein entschiedener Vertreter des Anschlußgedankens.) Am Sonnabend hat eine gemeinsame Sitzung der Chefs der Einzelparteien einen Entschluß gefasst, der eine Befreiung der Christlichsozialen von der Kanzlerschaft Bauers vorsieht. Die Entente in eine Kanzlerschaft Bauers nicht einwillige. (Dr. Bauer ist ein entschiedener Vertreter des Anschlußgedankens.) Am Sonnabend hat eine gemeinsame Sitzung der Chefs der Einzelparteien einen Entschluß gefasst, der eine Befreiung der Christlichsozialen von der Kanzlerschaft Bauers vorsieht. Die Entente in eine Kanzlerschaft Bauers nicht einwillige. (Dr. Bauer ist ein entschiedener Vertreter des Anschlußgedankens.) Am Sonnabend hat eine gemeinsame Sitzung der Chefs der Einzelparteien einen Entschluß gefasst, der eine Befreiung der Christlichsozialen von der Kanzlerschaft Bauers vorsieht. Die Entente in eine Kanzlerschaft Bauers nicht einwillige. (Dr. Bauer ist ein entschiedener Vertreter des Anschlußgedankens.) Am Sonnabend hat eine gemeinsame Sitzung der Chefs der Einzelparteien einen Entschluß gefasst, der eine Befreiung der Christlichsozialen von der Kanzlerschaft Bauers vorsieht. Die Entente in eine Kanzlerschaft Bauers nicht einwillige. (Dr. Bauer ist ein entschiedener Vertreter des Anschlußgedankens.) Am Sonnabend hat eine gemeinsame Sitzung der Chefs der Einzelparteien einen Entschluß gefasst, der eine Befreiung der Christlichsozialen von der Kanzlerschaft Bauers vorsieht. Die Entente in eine Kanzlerschaft Bauers nicht einwillige. (Dr. Bauer ist ein entschiedener Vertreter des Anschlußgedankens.) Am Sonnabend hat eine gemeinsame Sitzung der Chefs der Einzelparteien einen Entschluß gefasst, der eine Befreiung der Christlichsozialen von der Kanzlerschaft Bauers vorsieht. Die Entente in eine Kanzlerschaft Bauers nicht einwillige. (Dr. Bauer ist ein entschiedener Vertreter des Anschlußgedankens.) Am Sonnabend hat eine gemeinsame Sitzung der Chefs der Einzelparteien einen Entschluß gefasst, der eine Befreiung der Christlichsozialen von der Kanzlerschaft Bauers vorsieht. Die Entente in eine Kanzlerschaft Bauers nicht einwillige. (Dr. Bauer ist ein entschiedener Vertreter des Anschlußgedankens.) Am Sonnabend hat eine gemeinsame Sitzung der Chefs der Einzelparteien einen Entschluß gefasst, der eine Befreiung der Christlichsozialen von der Kanzlerschaft Bauers vorsieht. Die Entente in eine Kanzlerschaft Bauers nicht einwillige. (Dr. Bauer ist ein entschiedener Vertreter des Anschlußgedankens.) Am Sonnabend hat eine gemeinsame Sitzung der Chefs

Verfolgung von Angehörigen der Regierung zu protestieren. Ihnen schlossen sich alle beseelt von der gleichen Entschluss, Bürger und Arbeiter, Händler und Gewerbetreibende, Männer und Frauen jeden Standes an, so daß alle Straßen von Menschen wimmelten, die nicht gesonnen waren, diese englische Verlegung ihrer Rechte ohne weiteres hinzunehmen. Gegen diese Menschenansammlungen schritt England mit Aufgebot militärischer Macht ein, und es kam zu Straßenkämpfen, die andauernd 14 Tage lang dauerten. Zu gleicher Zeit brach überall ein politischer Generalstreik aus dem zuerst eine Organisation nicht zugrunde lag, die sich aber allmählich entwickelte. Ganz Ägypten war ohne elektrische Kraft, ohne Gas; keine Eisenbahn verkehrte, kein Telegraph, kein Telefon war im Betrieb. Die Eisenbahnstraße Alexandrien-Kairo wurde zerstört, um Nachschub englischer Truppen zu verhindern.

Als die Ägypter erkannten, daß sie gegen die mit allen modernen Kampfmitteln ausgerüsteten Engländer nichts erreichen würden, gaben sie den Widerstand mit Waffengewalt auf. Nicht aber den Kampf gegen die Engländer, dieser wurde auf das Gebiet der Wirtschaft verlegt. Ägypten ist ein fruchtbares Land, das seine 40 Millionen Einwohner selbst ernähren kann, einer Hungerschädigung nur lacht. Seit 1916 ist der ägyptische Bauer vollständig entschuldet, also Herr über sein Eigentum und völlig unabhängig von Fremden. Obwohl nun England in der Angst vor neuen Aufständen in Ägypten eine Armee von 200 000 Mann hält und die Straßen in den Städten mit Maschinengewehren besetzt sind, wickelt sich das Leben in aller Ruhe ab. Die Ägypter lassen die Engländer gewähren, ja sie ignorieren beinahe ihre Anwesenheit. Trotz dieser außerlichen Ruhe aber wird von ihnen ein erbitterter Kampf gefügt. Es ist seinem Engländer möglich, etwas in Ägypten zu kaufen. Ging früher die gesamte Baumwolle nach England, dessen hochstehende Textilindustrie damit beliebt wurde, so sind heute die Häuser der Baumwolle Amerikaner, denen England jeden geforderten Preis bezahlen muß. Freilich ist dadurch Amerikas Einfluß auf dem Baumwollmarkt ins Unendliche gestiegen, aber ihr England bedeutet das einen harten Schlag. Von anderen Produkten kommen vornehmlich Zuder, Getreide und Bohnen in Betracht, die in der Hauptstadt nach der Schweiz abgesetzt werden.

Nach Ausbruch des politischen Streits erkannte England recht wohl die Gefahr und gab, um weitere Verwicklungen zu vermeiden, nach. Sie in Malta festgehaltene Delegation der Ägypter konnte nach Paris reisen und befindet sich heute noch dort. Sie sucht mit allen Kräften das Ziel des ägyptischen Volkes zu erreichen, das darauf hinausgeht, daß Ägypten als unabhängiger Freistaat anerkannt wird. Nach neueren ägyptischen Nachrichten erscheinen die Aussichten nicht ungünstig. Während die Hauptarbeit der Delegation in Paris liegt, sind aber auch einige Mitglieder nach Amerika gegangen, um dort beim amerikanischen Volk Sanktung für die ägyptischen Befreiungen zu machen, und es ist ihnen bereits gelungen, Lodge dafür zu gewinnen, für die ägyptischen Interessen im Senat einzutreten, obwohl er dabei auf starken Widerstand bei Wilson stößt, der ja nach der Abreise der Delegation aus aus Malta Englands Oberhoheit über Ägypten anerkannt hat. Dieser politische Kampf scheint den Engländern recht unangenehm zu sein, denn sie wandten gegen die Delegation ein, die sie vertrete nicht das ägyptische Volk, sondern nähme nur die Interessen einiger weniger Gruppen wahr. Dagegen jedoch protestierten die Ägypter energisch. Die Prinzen, Minister und das Volk erklärten öffentlich, und Prinzen und Minister haben eine gleiche Erklärung schriftlich an Lord Milner ab, die Delegation sei nach Paris gegangen, um das gesamte ägyptische Volk zu vertreten. So stehen die Dinge heute, auf deren weitere Entwicklung man wohl gespannt sein darf.

Kleine politische Meldungen.

Die Reichswehr für jede verfassungsmäßige Regierung. Daily Mail meldet aus Berlin: Die Haltung der Reichswehr ist zuverlässig für jede verfassungsmäßige Regierung. Die Gerüchte über Putschabsichten der Reichswehr sind Böswilligkeit und Erfindungen. Nur bei der Aufrichtung einer Diktatur der Arbeiterklasse, wie sie die Unabhängigen anstreben, würde der Bürgerkrieg in Deutschland da sein. Die Entente hat allen Grund, durch ein finanzielles Entgegenkommen an Deutschland die Aufrechterhaltung der bisherigen verfassungsmäßigen Zustände in Deutschland zu unterstützen.

115 Auführer begnadigt. Von 451 durch die anhörenden Kriegsgerichte des Kriegsgebietes verurteilten Personen sind Gnadenbeschüsse eingereicht worden. Der Reichspräsident hat bisher in 115 Fällen von seinem Gnadenrecht Gebrauch gemacht und in 28 Fällen das Gesuch abgelehnt. Die Entscheidung über die übrigen Gnadenbeschüsse ist ebenfalls hinzu kurz zu erwarten. Von den zahlreichen, während der Unruhen im Kriegsgebiet verhafteten Personen, ist inzwischen der größte Teil wieder auf freien Fuß gesetzt worden, nur die gemeiner oder schwerer Vergehen oder Verbrechen verdächtig sind, werden weiter in Haft gehalten.

England annexiert die deutschen Schiffahrtslinien. Der Courant meldet aus London: Die englischen Reedereien haben eine Gesellschaft gegründet zur Übernahme der deutschen Schiffahrtslinien. Die Gesellschaft hat ein Kapital von 12 Millionen Schilling. Auch die deutschen Schiffahrtslinien sollen nach Möglichkeit von den englischen Reedereien mit übernommen werden.

England droht Sowjetrußland. Nach einer Tempowmeldung aus London erfährt der Berichterstatter, daß, wenn die Sowjetregierung nicht die Einstellung des Vorwärts anlaßt, die Mission Krassin aufgefordert werden sollte, England zu verlassen. Die Sowjetregierung habe behauptet, daß sie jede Verantwortung für die Besiegung von England und Reich ablehnen müsse.

Verhandlungen über die ungarische Königsfrage. Während die Kabinettssitzung in Budapest ziemlich gleichmäßig aufgenommen wird, interessiert man sich um so mehr für die Verhandlungen, die zwischen Budapest und der Schweiz in der Königsfrage geführt werden. Wie es heißt, hat Reichsverwalter Horvath die Forderung gestellt, den jungen Sohn des Exkaisers Karl, Otto, zum König zu wählen, für den, da er minderjährig ist, ein Regierungsrat unter Horvath die Regierungsgeschäfte führen soll, und den man zum nationalen König erziehen will. Exkaiser Karl weigert sich aber, für seine Person auf den Thron zu verzichten.

Revolution in Apulien. Der Secolo meldet: In Apulien ist eine Revolution ausgebrochen. In Bari haben die Aufständischen die Oberhand gewonnen und der königlichen Garde schwere Verluste zugefügt. Die Auführer unterhielten von den Dächern aus ein ununterbrochenes Feuer auf die Truppen, die sich vorübergehend zurückgezogen haben.

Der Kommandant der königlichen Garde hat an die Auführer ein Ultimatum gerichtet, sich zu ergeben, widrigensfalls er die Stadt durch Artillerie beschließen werde.

Esslad Pascha durch Attentat getötet. Sonntag mittag hat in Paris ein 25-jähriger Albaner namens Alveni Rutan auf Esslad Pascha, den ehemaligen Gouverneur von Albanien, feindlichen Vorstehenden der albanischen Delegation in Paris, in dem Augenblick, in dem dieser das Hotel Continental verließ, zwei Revolverschläge abgegeben. Esslad Pascha wurde getötet. Der Mörder ist verhaftet. Er erklärte, daß er seine Landsleute habe rächen wollen für die Leiden, welche ihnen Esslad Pascha zugesetzt habe.

Das endgültige Wahlergebnis.

Das endgültige Ergebnis der Reichstagswahl im 3. Wahlkreise (Chemnitz-Zwickau) wurde am Sonnabend vorm. in Chemnitz in einer öffentlichen Sitzung des Kreiswahlausschusses durch den Wahlkommissar Stadtrat Dr. Härtwig bekannt gegeben. Die Zahl der abgegebenen Stimmen, die auf Grund der Wahlniederschriften festgestellt worden ist, hat sich bei allen Vorschlagslisten gegenüber dem vorläufigen Ergebnis etwas verschoben. Es erhielten tatsächlich:

	283 032 Stimmen
(6 Stimmen weniger als vorläufig festgestellt)	
die Demokraten	68 965 Stimmen
(636 Stimmen weniger als vorläufig festgestellt)	
die Unabhängigen	153 558 Stimmen
(18 Stimmen weniger als vorläufig festgestellt)	
die Deutschnationalen	153 083 Stimmen
(21 Stimmen mehr als vorläufig festgestellt)	
die Kommunisten	82 044 Stimmen
(38 Stimmen mehr als vorläufig festgestellt)	
das Centrum	2 465 Stimmen
(67 Stimmen mehr als vorläufig festgestellt)	
die Deutsche Volkspartei	143 600 Stimmen
(12 Stimmen mehr als vorläufig festgestellt)	
die Deutschsozialen	1 193 Stimmen
(6 Stimmen weniger als vorläufig festgestellt)	

Die Abweichungen sind auf Telegrammfehler und Hörfehler beim Telephonieren zurückzuführen. Die große Differenz beim Vorschlag 2 ist dadurch entstanden, daß in dem Telegramm, das die Wahlergebnisse eines Bezirks übermittelte, die Ziffer 3 (3. Vorschlag) unmittelbar an die vorhergehende Zahl der auf Vorschlag 2 abgegebenen Stimmen herangezählt worden war und deshalb falsch gelesen werden mußte.

Die Zahl der Wahlberechtigten ist 1 103 538 gewesen. 10 680 Personen haben auf Grund von Wahlcheinern gewählt; ein Teil dieser Personen ist in der Zahl der Wahlberechtigten mit enthalten. Bei der Berechnung des Prozenthauses der Wähler mußten deshalb die 10 680 Wähler außer Betracht bleiben. Es sind 890 564 gültige und 18 99 ungültige Stimmen abgegeben worden; rund 80 Prozent der Wahlberechtigten haben demnach von ihrem Rechte Gebrauch gemacht. (Bei der vorjährigen Wahl zur Nationalversammlung waren 1 034 645 Wahlberechtigte vorhanden. Abgegeben wurden stell 884 599 gültige und 2534 ungültige Stimmen.) Da auf je 60 000 abgegebene gültige Stimmen 1 Abgeordneter entfällt, so haben zu gelten (wie wir schon bekannt geben) von Liste I (4 Personen) Sicken, Meier, Mollenbuhr und Frau Schilling, von Liste II (1) Broda u. f., von Liste III (2) Jäckel und Kuhnt, von Liste IV (2) Nien und Barth, von Liste V (1) Hekert, von Liste VII (2) Brünninghaus und Bindesien. Auf die Listen VI und VIII entfällt kein Stg. Die Reststimmen werden dem Verbandswahlkeller befreit gegeben, der unter Berücksichtigung der Reststimmen aus den Kreisen Leipzig und Dresden festzustellen hat, ob noch ein weiterer Abgeordneter in Chemnitz als gewählt zu gelten hat (und wer?).

Von Stadt und Land.

Aue, 14. Juni 1920.

Das sächsische Wahlgesetz. Wie schon angekündigt, wird in der übernächsten Woche der Volksklammer die Wahlgesetzvorlage zugehen. Sie sieht einen Wahlmodus vor, der vorausichtlich die bisherige Zahl der Abgeordneten (96) entweder gar nicht oder nur unwesentlich verändert. Auch soll eine Übereinstimmung zwischen der Abgrenzung der politischen und der Wahlbezirke herbeigeführt werden, dergestalt, daß die Wahlbezirke künftig mit den Amtshauptmannschaften übereinstimmen.

Der Autokrieg zwischen Sachsen und dem Reich. Wie wir hören, schweben zurzeit Verhandlungen in Berlin zur Beilegung des sogenannten Autokrieges zwischen Sachsen und dem Reich, der dadurch entstanden ist, daß die Reichspostverwaltung dem sächsischen Staat durch Errichtung von Kraftwagenlinien (wie z. B. der Strecke Aue — Zschörlau) Konkurrenz macht, obwohl vor dem Übergang der sächsischen Eisenbahn auf das Reich Sachsen das Versprechen erhalten hat, daß es es seine Linien ungestört weiterbetreiben darf. Auch Bayern und Württemberg sind an diesen Verhandlungen beteiligt.

Die Rücksendung der in Frankreich befindlichen deutschen Kriegsgefangenen ist beendet. Nur 450 bis 500 gerichtet dort befreite deutsche Gefangene werden gemäß dem Friede vertrag noch zurückgehalten. Eine Namensliste aller 450 Gefangenen wird von der französischen Regierung dem deutschen Vertreter in Paris baldigst übergeben werden. Auch sollen alle in der Gefangenenschaft verstorbenen deutschen Kriegsgefangenen, worunter sich viele noch als vermisst befinden, der deutschen Regierung namentlich mitgeteilt werden. Falls durch diese beiden Listen nicht vollständige Klarheit über den Verbleib einzelner Gefangener erzielt werden sollte, könnte man leichter im polnischen Heere suchen, in das manche aus den deutschen Randgebieten um Polen stammende Gefangene eingestellt wurden, aus welchem sie aber auf ihren Wunsch jetzt wieder entlassen werden könnten.

Innungsversammlung. Um Freitag hielt die Gesamt-streik Innung ihre diesjährige Generalversammlung ab. Dabei fand das Aufstehen von 16 Lehrlingen, 7 Schlossern, 6 Tischlern, 2 Schmieden und 1 Böttcher statt. Der Obermeister rüttete beherzigenswerte Worte an die Lehrlinge und händigte ihnen die Verhaltensmaßregeln unter Handschlag aus. Obermeister Nestler legte sein Amt nieder, weil das Schlosserwerk aus der Innung ausscheidet und zu einer Schlosser-Zwangsinnung zusammengetreten ist. An seine Stelle wählte man Schmiedemeister L. Pöpel als Obermeister, Wienhold als Stellvertreter, Paul als Schriftführer und Reuter als Kassierer. Als Jungmeister fungiert Meister Ströhner. Obermeister Nestler dankte allen Mitgliedern für die getreue Mitarbeit an der Innung und übergab die in seinem Besitz befindlichen Innungswürsten dem neu gewählten Obermeister Pöpel, den er in sein Amt einwies. Obermeister Pöpel übernahm die Gegenstände, dankte für die auf ihn gefallene Wahl und bekraftigte in seiner Ansprache an die Innungsmitglieder den Willen, seine Kraft einzusetzen zum Wohl der Innung und des Handwerks.

Verteilung von Roskott. In der laufenden Woche kommen in unserem Bezirk 100 Gramm Roskott auf den Kopf der Bevölkerung zur Verteilung. Dieses zeichnet sich durch seinen hohen Fettgehalt und Nährwert aus und eignet sich ganz vorzüglich zum Kochen, Baden und Braten. Der Preis stellt sich auf 20,25 Pfund je Pfund.

Theater, Konzerte, Vergnügungen.

Kirchenkonzert. Das gestern nachmittag in der Friedenskirche stattgefunden Kirchenkonzert war trotz der prachtvollen Bühnenausstattung und bereitete den Zuhörern einen wirklichen Genuss. Als Ausführende waren für die Veranstaltung, die zum Besten des Frauenvereins Zelle getroffen war, gewonnen worden der Kirchenchor zu St. Wolfgang-Schneeberg; Damenchorchor, Schülernchor des Lehrerseminars, Lieberkons, unter Mitwirkung von Frau Dr. Bette Pilz-Bodau (Sopran) und Organist Felix Baumhans-Schneeberg (Orgel). Die Leitung hatte Musikdirektor Oskar Möthig. Wir wollen gleich im Voraus feststellen, daß alle Mitwirkenden einen vollen künstlerischen Erfolg errungen haben, für den ihnen das Publikum sehr dankbar war. Die Leistungen des Schneeberger Kirchenchores müssen im großen und ganzen als sehr gut bezeichnet werden, alle Torträge, gemischte und Männerchor, verdienten ungeteiltes Lob, wobei wir davon können näher auf Einzelheiten des Programms einzugehen. Frau Dr. Pilz-Bodau ist in Aue nicht unbekannt, mit ihren weichen, gehörbaren Sopranstimmen hat sie in unserer Stadt schon des öfteren die Hörer entzückt, wie es auch gestern wieder der Fall war. Das Spiel des Organisten Hugo Hans zählte sich durch vollendete Technik und laudieren Virtuosismus aus. Die Leitung des Musikdirektors Möthig endlich gab dem Kirchenkonzert, das in allen Einzelheiten die sichere Hand des Dirigenten verrät, einen straffen Zug. So nahm die Veranstaltung künstlerisch einen voll befriedigenden Verlauf und es ist zu wünschen, daß der gekürzte Erfolg in Anbetracht des guten Zusches sich dem künftigen anpassen möge.

Frischingsandacht. Nächsten Mittwoch abend 8 Uhr findet in der kleinen Nikolaikirche eine Frischingsandacht und zugleich Erntedankgottesdienst statt, bei der Chorgesänge und Instrumentalvorführungen geboten werden. Die Gemeinde wird gebeten, Gesangbücher mitzubringen. Programme sind zum Preise von 30 Pf. für das Schiff, von 50 Pf. für die Emporen vor Beginn der Heiter an den Eingängen der Kirche erhältlich.

Sport und Spiel.

Meisterschaftsspiele im 14. Erzgebirgsturnen. Am gestrigen Samstag sohnen in Aue die Vereine des Erzgebirgsturngaues die Gaumeisterschaft im Faustballspiel aus. Gemeldet waren 24 Mannschaften. Von vormittag 10 Uhr bis nachmittag 4 Uhr herrschte ununterbrochener regster Spielbetrieb auf der Wallstraße und dem Kochschulplatz. Als Gruppen Sieger gingen zunächst hervor die Mannschaften der Vereine Auerhammer, Lauter I, Auerbach, Aue-Jahn II, Bernsbach I, Elbersdorf-Hilfendorf I, Aue-Jahn I und Schönheiderhammer. Nach weiterer Auscheidung verblieben zunächst als Sieger Lauter I, Auerbach, Bernsbach I und Aue-Jahn I. Von diesen 4 Mannschaften behaupteten die Lauter I und Bernsbach I, die dann den Endkampf auszufechten hatten. Bernsbach I ging daraus als Gaumeister hervor. Neben einem guten Hand-in-Handspielen verband Bernsbach seinen Erfolg der Kunst, die Bälle für den Gegner schwer anzugeben. Das Spiel war von Anfang an, namentlich aber je näher die Entscheidung rückte, recht stotter und mancher Körner kam ward ausgespielt. Dies zeigte sich auch in den erreichten Punktzahlen. In 30 Minuten schlug Lauter I 118 Bälle über die Sonne und sein Gegner Auerhammer 102, zusammen also 220. Das ergibt in der Minute etwas über 7 Bälle. Die Spieler des Erzgebirgsgaues können mit Genugtuung auf den Verlauf der Kämpfe blicken. Der Gaumeister Bernsbach I aber wird schon nächsten Sonntag Gelegenheit haben, sich im Kampf um die Kreismeisterschaft (Sachsen) weiter zu betätigen. Der wackeren Fünf — Wolfgang Ludwig, Otto Scheibner, Hans Goris, Hans Sellard und Walther Göthel — ein guter Erfolg.

* * *

Lugau, 13. Juni. Nachtstudien + Schicht im sächsischen Bergbau. Das sächsische Arbeitsministerium verhandelte in Zwickau mit den Betriebsräten des Zwickauer und Lugau-Döhlener Kohlenreviers und den Vertretern des Bergbaulehrenvereins über die Wiedereinführung der achten Arbeitsstunde. Die Betriebsräte sahnen mit großer Mehrheit eine Entschließung, in der sie anerkennen, daß die ungeheure Kohlennot rasche Hilfe erfordert, und daß es zur Zeit kein anderes Mittel gibt, ihr zu steuern, als bis auf weiteres die achte Arbeitsstunde wieder einzuführen. Die Betriebsräte wollen in diesem Sinne auf die Belegschaften einwirken.

Zwickau, 13. Juni. Mandatsniederlegung. Urtagsgericht Dr. Barth beklagt infolge seiner Wahl zum Reichstagsabgeordneten sein Amt als unbesetzter Stadtrat niederzulegen, da ihn die Aufführung seines Reichstagsmandats auf längere Zeit von Zwickau fernhalten wird. An seine Stelle würde Kommerzienrat Paul Fichtner treten, der bei den Stadtratswahlen auf der deutschnationalen Vorschlagsliste an zweiter Stelle stand.

Thurm, 13. Juni. Lebensmittelbeschaffungen. Bei einem schon längst als Schleichhändler in Verdacht stehenden Einwohner wurden größere Worräte an Fleisch,

Nachrichten aus dem Reichstag
100 gerichtet, um dem Kaiser zu folgen. Außerdem Regierung ist am werden. Auch deutschen Anliegen steht. Geltende bestätigt werden. Indigeklärung werden sollte. In das manche stammende Ge- aber auf ihren die Gesamt- sammlung ab- 1, 7 Schlossern. Et. Der Ober- Lehrlinge und der Handschlag eder, weil das und zu einer Un seine Stelle s Übermeister, grifflüher und angriert Meister- en Mitglieder übergab die über dem neu- Amt einwies, dankte für die einer Unsprache kraft einzusehen.

Sprechjaal.
Diese Rundstrecke zum freien Meinungsstaat unserer Reise. Die Schaffung übernimmt dafür nur die preußische Verantwortung.

Angestellten-Bewegung.
Die Ortsgruppe Aue des Zentralverbandes der Angestellten bittet uns um Aufnahme nachstehender Seiten:

Die Kaufmännischen Verbände haben der V. D. Fortberungen der Angestellten des Einzelhandels unterbreitet, weil die Angestellten mit dem gegenwärtig niedrigen Einkommen nicht mehr bestehen können. Die Arbeitgeber lehnen aber jede Erhöhung der jetzt geltenden Gehaltsätze ab, sie wollen über die Fortberungen der Angestellten überhaupt nicht verhandeln. Durch diese Sachlage werden die Verbände gezwungen, zu handeln. Wie aus dem Bericht im Auer Tageblatt erschlich ist, findet Mittwoch, den 18. bis 19. Uhr abend eine öffentliche Versammlung für alle Angestellten beiderlei Geschlechts statt, für die Gauleiter Löhner aus Chemnitz das Referat übernommen hat, um unsere Stellungnahme in dieser Angelegenheit eingehend zu präzisieren. Um volle Klarheit in dieser Frage zu schaffen, sei allen Angestellten dringend empfohlen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

A. A.: A. Grob.

Lebensversicherung — Angestelltenversicherung.
Für alle Angestellten erhebt sich auf dem Gebiete der Versicherung eine Frage, die in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt werden darf, da es sich um die Anlage eines Teiles des monatlichen Einkommens für das spätere Alter bzw. für die Hinterbliebenen handelt. Hologene Zellen sollen dazu dienen, entstandene Zweifel zu klären, vor als neuer Sicherungspflichtig gilt und wird nicht. Die Frist, in der sich die Angestellten für das eine oder andere entscheiden müssen, läuft bis Ende 1920. Sicherungspflichtig waren bisher die Angestellten, die ein jährliches Einkommen bis 7000 Mark und weniger hatten. Die Höhe des Beitrags richtete sich nach der Gehaltsstuf. Durch die Erhöhung der Gehaltsgrenze auf 15000 Mark werden zwei Angestelltengruppen in die Sicherungspflicht gegenüber der Angestelltenversicherung nun einbezogen:

1. Die seit Verabschieden des Gesetzes mehr als 5000 Mt. oder 7000 Mt. verdient haben und jetzt 15000 Mt. und weniger verdienen.
2. Die zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes höchstens 5000 Mt., später 7000 Mt. verdient haben, dann darüber hinauskommen (also nicht mehr als versicherungspflichtig galten, auch wenn sie die Beiträge weiter steuerten) und nun wieder versicherungspflichtig werden, weil sie 15000 Mt. und weniger im Jahre verdienen.

Die Angehörigen beider Gruppen können von ihrem eigenen Beitragspflicht zur Angestellten-Versicherung bestellt werden, wenn sie bis zum 30. Juni 1920 die Aufnahme in eine Lebensversicherung beantragt haben. Die Jahresprämie muss mindestens 150,00 Mt. betragen. Der Antrag auf Bezeichnung muss bis zum 1. September 1920 besonders gestellt werden. Gebühren wird hierüber Näheres noch im Reichstagsblatt kommen, auch inwiefern der Nachweis erbracht werden muss, dass eine Lebensversicherung abgeschlossen worden ist. Von Vorstehern werden alle die Angestellten nicht berücksichtigt, die niemals über ein Einkommen von 5000 Mt., später 7000 Mt., jetzt 15000 Mt. hinausgekommen sind. Diese müssen also gegebenenfalls neben der Lebensversicherungsprämie den Beitrag zur Angestelltenversicherung zahlen. Die infolge beantragter Bezeichnung aus der Angestelltenversicherung auscheidenden Angestellten verlieren ihre bisher eingezahlten Beiträge nicht. Diese bleiben auf ihrem Konto stehen und werden laufend erhöht durch den Beitrag, den der Arbeitgeber noch wie vor an die Angestelltenversicherung abführen muss. Es würden also im Alter über im Falle der Hinterbliebenenversicherung neben der des Lebensversicherung auszuzahlenden Summe noch die anteiligen Renten der Angestelltenversicherung fällig sein. Georg Grob, Aue, Meißnerstr. 26.

Vermischtes.

Balonette gegen Kinder. Als sich Sonnabend vorm. in Gleiwitz mehrere Gymnasiasten lachten über die aufmüppige Uniform eines schottischen Soldaten unterhielten, stachen dem Oberschlesischen Wanderer auf, französische Soldaten mit Seitengewehren auf die Schüler ein, von denen 2 schwer verletzt wurden. Die Erregung der Bevölkerung ist ungeheuer.

Schweres Autobahnbusunglück. Der Autobahnbus der Linie Oppeln-Wroclaw ist Sonnabend nachmittag in Szczepanowice bei Oppeln infolge Versagens der Steuerung auf der steil abfallenden Straße gegen einen Baumstamm gerannt, die steile Böschung hinabgestürzt und hat seine 28 Insassen unter sich begraben. Etwa 12 Personen sind schwer verletzt, ein Teil durfte kaum mit dem Leben davon kommen.

Das Schloss Achilleion — ein Spielfassino. Das Achilleion auf Korfu, der ehemalige Lieblingsaufenthalt des deutschen Kaisers, wird, wie vor der Deutschen-Griechischen Gesellschaft mitgeteilt wird, allem Anschein nach ein zweites Monte Carlo werden. Durch den Friedensvertrag fällt das Achilleion und der dazu gehörige große Park an die griechische Regierung. Während des Krieges wurde das Achilleion als Kranken- und Genesungsheim für serbische Offiziere eingerichtet. Jetzt braucht die griechische Regierung, wie alle anderen, neue Einnahmequellen, und die Umgestaltung des Achilleion in Spielcasino à la Monte Carlo dürfte den griechischen Finanzen sehr förderlich sein. Man hat das Achilleion Casino de Corfu getauft, und auch die Propaganda für dieses Unternehmen hat schon begonnen. Von Brindisi aus ist Korfu in fünf Stunden zu erreichen und Spekulanten planen bereits die Einrichtung einer besonderen Dampferverbindung.

Rein Verkauf des deutschen Kaiserthrons. Zu dem Gerüchte, daß der Thron des ehemaligen deutschen Kaisers in Amerika verkauft worden sei, um mit dem Erbtheile Lebensmittel nach Deutschland zu bringen, wird aus dem preußischen Finanzministerium mitgeteilt, daß der Kaiserthron noch heute im Berliner Schloß steht, und jeder Berliner sich davon überzeugen kann. Wenn in Amerika ein angeblicher deutscher Kaiserthron wirklich zum Verkauf gelangt sein sollte, so kann es sich nur um eine Nachahmung eines sündigen Yankee handeln.

Sonntagsruhe für — Hebammen! Eine seltsame Entscheidung hat der Verein Erfurter Hebammen gefaßt, der bekannt gibt, daß er vom 23. Juni ab die Sonntagsruhe einführt. — Danach wird es in Zukunft also keine Sonntagshebamme mehr geben.

Nicht Gefangene ausgetrieben. Aus einem mit fünfzig Strafgefangenen belegten Saal im Strafgerichtgefängnis zu Magdeburg brachen acht Gefangene aus, indem sie die Eisenketten des Fensters befreit und sich an zusammengebundenen Bettlaken aus dem dritten Stock herabließen. Die Tüffler Kriminalpolizei konnte bisher einen Ausbrecher festnehmen, die anderen entkamen.

Rein Spiellost auf hoher See. Aus Stettin wird gemeldet: Eine findige Gesellschaft hatte, da in der kommenden Woche auf preußischem Gebiet die Veranstaltung von öffentlichen Glücksspielen in Klubs und Kasinos verboten ist, verschlucht, ein Klublokal zu mieten, das außerhalb der Reichweite der preußischen Staatsanwalte liegt. Die Herren hatten sich ein Schiff gemietet und beabsichtigt, den Spielbetrieb auf hoher See aufzunehmen. Der Vertrag mit dem Schiffsbetreiber ist jedoch für ungültig erklärt worden, weil die Behörde die Verschwendung des in Deutschland schon so knappen Schiffsräumes nicht zugestehen kann.

Eine Standklasse in Venedig. In Venedig hat die Polizei eine große Standklasse aufgedeckt. Waren im Wert von Hunderten von Millionen lire wurden verschoben. Viele Frauen von hochgestellten Persönlichkeiten sind in die Affäre verwickelt. In Treviso wurden drei hochstehende Persönlichkeiten verhaftet, in deren Wohnungen man ganze Lager von Stoffen gefunden hatte, welche aus den Diebstählen herrührten.

Letzte Drahtnachrichten.

Die Regierungsbildung.

Berlin, 14. Juni. In der gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion der Mehrheitssozialdemokraten kam, wie die Blätter berichten, einstimmig die Übereinstimmung zum Ausdruck, daß für die Partei die Beteiligung an einer Regierung, welche Elemente der Rechtspartei enthalte, ausgeschlossen sei. Nachdem die Unabhängigen es abgelehnt hätten, sich an einer Regierung zu beteiligen, die den Schutz der Republik und der revolutionären Errungenschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in welcher nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei. Wenn in der sozialistischen Presse gesagt worden ist, Parteien wie die deutsch-nationale wollten Deutschland gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die Deutsche Tageszeitung, die deutsch-nationale Volkspartei wäre nicht nur, daß Deutschland garnicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könnte, sie würde garnicht gegen die Arbeiter regieren wollen, schon weil sie wisse, daß die willige Wirkung des Arbeiters, Angestellten und

Nach einem arbeitsreichen Leben ging nach langerem, schwerem Leiden unser lieber, treusorgender Vater, Schwiegervater und Großvater, der

Privatmann

Wilhelm Moritz Engelhardt

im gesegneten Alter von 80 Jahren zur ewigen Ruhe ein.

In stiller Trauer
Familie Bruno Neubert
zugleich im Namen der Hinterbliebenen.

AUE, Rochwitz b. Dresden, Berlin-Schöneberg und Sosa, den 14. Juni 1920.

Die Beerdigung findet Mittwoch mittag 1/2 Uhr vom Trauerhause — Wettinerplatz 3 — aus statt.

Am 9. Juni entriß uns der Tod unseren lieben Kollegen

Herrn Max Hoffmann.

In ihm verlieren wir einen langjährigen bewährten Mitarbeiter, dessen offener, aufrichtiger Charakter und unermüdlicher Fleiß, verbunden mit gewissenhaftester Pflichterfüllung, stets vorbildlich gewesen sind.

Wir bedauern den frühen Heimgang dieses vortrefflichen Kollegen, der sich die Wertschätzung aller erworben hatte, aufs aufrichtigste und werden ihm dauernd ein ehrendes Gedenken bewahren.

AUE, den 14. Juni 1920.

Die Angestellten
der Firma S. Wolle.

Bekanntmachung! Fahrrad

Meiner geehrten Kundschaft teile ich hierdurch mit, daß ich mit heutigem Tage mein Geschäft schließe und danke für das mit entgegengebrachte Wohlwollen.

Albin Scherfig, Friseur, Schneeberger Straße 14.

Holländ. Gütekram-Margarine
bis auf weiteres Pfund M. 17.— und 18.—
Weiß ein- getroffen: Neue Kartoffeln, 1 Pf. 1,05 M.
Gleichzeitig empfehle ich englische Milch- und Butterkekse, ein Paar Maf. 1,10.

Auer Genußmittelhalle,
Aue i. Erzgeb. — Franziska Müller

Kurt Junghans,
Lederhandlung in Aue
Grafs.-Bapt.-Straße. Fernruf 589.
Empfahle Ober- und Unter-Leder,
Treibriemen und Lederabsätze.
Gelle und Röhähute kaufen laufend
d. D.B.G.

Habe wieder einen Posten gut durchreparierte

Nähmaschinen
unter 2jähriger Garantie abzugeben.

Continental-Gummi
für Fahr- und Motorräder wieder eingetroffen.

Georg Baumann, Aue,
Gegründ. 1899. Mechaniker. Fernruf 837.

Privatunterricht
erteilt in der
englisch. Sprache.
Wo? zu erfahren in der Geschäftsstelle d. Bl.

Kautschukstempel
für jeden Bedarf liefert
Auer Tageblatt.

Lampe
mit Zug
und elektrischer Decken-
belichtung und einer
Witflamme für Gas
zu verkaufen.

Rinderpult
sowie eine
Realschulmütze
zu verkaufen.

Friedenslavier
preiswert zu verkaufen.
Zu erfragen im Auer Tageblatt.

Mit hoher Anzahlung kaufen
Gas- oder Pensionshaus
oder auch Hansgrundstück
mit ob. ohne Geschäft zu kaufen.

Wesentliches abzugeben auf Preis
an H. 161 „Stella“ Konzonen-
Exped., Hannover, Graefstr. 16.

D gedrucktes und unbedrucktes
Zeitungspapier

zum Entziffern hat abzugeben

Geschäftsstelle des Auer Tageblattes.

„Schweizertal“ Alberoda

Mittwoch, den 16. Juni:

Neues Programm!

Die lustigen Zwitauer.

Quartett-Sänger-Gesellschaft.

8 Herren, 2 Damendarsteller.

Die Direktion.

Transport- und Reisegepäck- Versicherungen

gegen alle Gefahren

übernahm

Speditionshaus Dietel, Aue, Erzg.

Fernsprecher 30.

Steinkohlen-Schlamm!

Billigstes Brennmaterial zum Streuen der Kohlen, für größere Betriebe sehr zu empfehlen. — Machte die Herren Gastwirte ganz besonders darauf aufmerksam. — Befehlungen nimmt gängig entgegen

Max Sieber, Gerichtsschänke, Schwarzenberg, Str. 23.

Jedes junge Mädchen und junge Frau

sollte nicht versäumen, an dem Mittwoch, den 16. Juni 4 Uhr nachmittags im Hotel Burg Wettin beginnenden

Kursus in Tafeldecken, Servieren, Benehmen bei Tisch,

allgem. Umgangsformen, sicherem gewandten Auftreten,

teilzunehmen. Von grossem praktischen Werthe für ganze Leben.

Für Damen aller Stände wöchentlich einmal 2 Stunden. Preis 50 Mark.

Anmeldungen nimmt entgegen: Schokoladengesch. Schürer, Bahnhofstr.

Institut für Frauenbildung, Frau E. Hartwig.

Bei entsprechender Beteiligung wird auch ein Abendkursus abgehalten

Handlungsgehilfen!

Wenn Ihr dem Beitragszwang der staatlichen Pensionsversicherung entgehen wollt, dann mäßt Ihr bis zum 30. Juni einen Antrag auf eine Lebensversicherung gestellt haben. Ob Ihr dies tut, holt Kasten an bei Ihrer Organisation. Die Geschäftsstelle des Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Aue, Erzg., Coriolanstr. 7, erteilt sofortiges Auskunft.

Öffentliche Versammlung

Mittwoch, d. 16. d. M. 1/2 Uhr abends im „Blauen Engel“
für alle Angestellte im besonderen für den Kleinhandel.

Tagesordnung:

1. Die Ablehnung der für den Einzelhandel eingerichteten Forderungen durch die V. V. — Die Arbeitgeber des Einzelhandels in den Zustäften der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände.
2. Freie Aussprache.

Referent: **Gauleiter Löhner, Chemnitz.**

Die Angestellten haben in ihrem eigenen Interesse die dringende Pflicht, diese Versammlung zu besuchen.

Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Aue i. Erzgeb.

Zöpfe

Täglich

Apollo-Lichtspiele Aue geöffnet!

Bahnhofstr. ALA Fernruf 768

Montag bis Donnerstag, den 15. bis 18. Juni:

Erliebt das zweite Werk der Decla-Unternehmer-Klasse.

Ein Sensations-Abenteuer-Roman in 2 Teilen.

Gleichwertig den „Spinnen“.

Morel, der Meister Kette.

I. Teil:

„Die Kette“

Eine gutorganisierte Hochstahlkette aus dem Werkstatt-Waden-Dreieck.

Großes Sensations-Schauspiel in 7 Akten,

nach dem Roman:

„Glanz und Elend der Kurtschianen“

von Honoré de Balzac, dargestellt v. berühmten Künstlern der Decla-Film-Gesellschaft.

„Zwangs-Einquartierung.“

Beitgemähes Lustspiel in 2 Akten.

Montag leichte Aufführung des Penny-Vorles-

Monumentalfilm: „Monica Bogoljana“.

Großes Illustrationsstück in 6 Akten, für den feinsten Geschmack geeignet.

Täglich 2 Vorst. Beginn 6 und 1/2 Uhr.

Keine Wanze mehr.

Kammerjäger Berg's Radikalmittel

„Nicodaal“ Erfolg verblüffend. — Restlose Vorräte.

Beste Zeit zur Brutvernichtung.

Kinderleicht anzuwenden, altbewährt. Doppelpackungen.

Verkauf: **Wettin-Drogerie Hermann Holmer.**

Bitte ausdrücklich nur Nicodaal zu verlangen.